

**Kleine Anfrage****Tobias Eckert (SPD), Marius Weiß (SPD) vom 23.03.2022****Sustainable-Finance-Strategie in Hessen – Teil I****und****Antwort****Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen****Vorbemerkung Fragesteller:**

Für die klimaneutrale Transformation Hessen braucht es eine leistungsfähige Finanzwirtschaft, die diesen Prozess durch Investitionen und Finanzinfrastruktur ermöglicht. Unter dem Fachbegriff „Sustainable Finance“ wird dabei die Verknüpfung von Finanzierung von Investitionen hinsichtlich wirtschaftlicher, ökologischer und gesellschaftlicher Ziele verstanden. Hessen mit seinem bund- und europaweiten Finanzstandort Frankfurt hat für diese neue Investitionsform eine hervorragende Ausgangssituation. Nach dem europaweiten Sustainable Finance Summit in Frankfurt im Jahr 2020 und dem auf Bundesebene angesiedelten Green and Sustainable Finance Cluster Germany geht diese Entwicklung weiter, wie die Finanzszenen Frankfurt am Main in diese zukunftsweisende Richtung entwickelt werden soll. Momentan stehen jedoch andere Bundesländer, u.a. Hamburgs Masterpläne für den Bereich Sustainable Finance, im Fokus.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen wie folgt:

Frage 1. Wie bewertet die Landesregierung die Sustainable-Finance-Strategie der Bundesregierung der letzten Wahlperiode sowie die im Juli 2021 publizierte erneuerte Strategie der Europäischen Kommission?

Das Thema Sustainable Finance wurde von der Landesregierung früh auf die Agenda gesetzt. Es fand bereits im Rahmen des ersten schwarz-grünen Koalitionsvertrags Niederschlag. Im Jahr 2017 hat das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (HMWEVW) zusammen mit Akteuren aus Wissenschaft und Finanzwirtschaft das Green and Sustainable Finance Cluster Germany e. V. (GSFCG) ins Leben gerufen. Dieses verfolgt das Ziel, Deutschland mit seinem zentralen Finanzplatz Frankfurt zu einem führenden Standort für Sustainable Finance zu entwickeln. Die Geschäftsführung des Clusters hatte bis vor Kurzem den Vorsitz des Sustainable Finance Beirats der Bundesregierung inne.

Der seitens der Europäischen Kommission im Juli 2021 veröffentlichte zweite EU-Aktionsplan als Ergänzung der bisherigen Strategie enthält unter anderem eine Erweiterung der EU-Taxonomie-VO und eine Ausweitung der Standards für Nachhaltige Finanzprodukte. Das Projekt der Net Zero Banking Alliance (NZBAG) des Clusters hat dazu im November 2021 im Rahmen eines Positionspapiers zur EU Taxonomie Stellung bezogen und Empfehlungen formuliert. Ergänzend dazu hat das GSFCG im Januar 2022 den Entwurf der EU Kommission zur geplanten Anpassung der EU-Taxonomie kommentiert und gerade im Hinblick auf die Implikationen für die Finanzmärkte beleuchtet. Beide Dokumente sind auf der Webseite des Clusters für die Öffentlichkeit zugänglich (www.gsfc-germany.com).

Grundsätzlich begrüßt daher die Landesregierung, dass auf Bundes- und Europäischer Ebene eine strategische Ausrichtung stattfindet, und begleitet diese Prozesse seit langem aktiv.

Frage 2. Wie hoch ist der Anteil der herausgegebenen und gehandelten Finanzprodukte, die dem Bereich Sustainable Finance zugeordnet werden, in Frankfurt seit dem Jahr 2013?
a) Hat das Land Kooperationen, z.B. mit dem Statistischen Bundesamt, um diese Werte zu messen?

Genauere Messungen zum Anteil der Sustainable Finance bezogenen Finanzprodukte werden nicht durchgeführt. Dies liegt insbesondere an der fehlenden offiziellen Definition dafür, was unter Sustainable Finance bezogenen Produkten zu verstehen ist.

Entscheidend für eine repräsentative Messung von Transformationsfinanzierung ist weniger das Verständnis über die Finanzierung rein „grüner“ Anlagevermögen, sondern vielmehr die Messung des Anteils der Finanzierung, der sich im Einklang mit den Nachhaltigkeitspfaden befindet

(UN SDG, Pariser Klimaabkommen, etc.). Entsprechende Informationen werden nicht erhoben. Folgerichtig liegen keine derartigen Kooperationen vor.

Frage 3. Welche (weiteren) Kooperationspartner hat die Landesregierung im Bereich Sustainable Finance?

Grundsätzlich ist die Landesregierung eng in das Ökosystem im Bereich Sustainable Finance eingebunden, welches sich in Frankfurt gebildet hat. Über das Green und Sustainability Cluster Germany steht es mit zahlreichen Institutionen in engem Austausch.¹ Darüber hinaus sind die Financial Centres for Sustainability (FC4S) und die Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management (DVFA) eng in den steten Austausch einbezogen. Über die NZBAG herrscht Kontakt zu der Glasgow Financial Alliance for Net Zero (GFANZ) und der UNEP Finance Initiative.

Im Rahmen der erfolgreichen Ansiedlung des International Sustainability Standards Board (ISSB) konnte die Landesregierung mit der International Financial Reporting Standards Foundation (IFRS-Stiftung) eine Mitstreiterin finden, um die fortwährende Entwicklung Frankfurts zu einem „Sustainable-Finance“-Zentrum voranzubringen.

Die Ansiedlungsbemühungen für das ISSB waren zudem durch eine enge Kooperation mit anderen öffentlichen Institutionen und privatwirtschaftlichen Akteuren geprägt. Auf öffentlicher Seite kooperierte die Landesregierung mit der Bundesregierung sowie den Städten Frankfurt am Main und Eschborn (jeweils inkl. Wirtschaftsförderung). Von privatwirtschaftlicher Seite wurden die Ansiedlungsbemühungen in enger Kooperation mit dem Value Balancing Alliance e.V., dem Deutsches Aktieninstitut e.V., dem Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., dem Frankfurt Main Finance e.V. und dem Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. entfaltet. Die breite Unterstützung über alle staatlichen Ebenen sowie aus der Privatwirtschaft war einer der wesentlichen Gründe für den Erfolg der Standortbewerbung. Dieses Konsortium arbeitet auch weiterhin zusammen.

Insgesamt hatten sich 185 Unternehmen und Organisationen für die Vergabe des Sitzes des ISSB an Frankfurt stark gemacht, darunter große Verbände wie der BdB (Bundesverband deutscher Banken), der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie), der BDA (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände), das Deutsche Aktieninstitut, der BVI (Bundesverband Investment und Assetmanagement), der GDV (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft) und zahlreiche weitere. Diese Verbände stehen zusammen für rund eine Million Mitgliedsunternehmen in den verschiedensten Branchen mit insgesamt mehr als 20 Millionen Beschäftigten.

Frage 4. Welche eigenen Initiativen hat die Landesregierung in der 20. Wahlperiode zum Themenbereich Sustainable Finance initiiert?

Nachhaltigkeitsberichterstattung:

Gemeinsam mit zahlreichen Partnern (siehe Antwort zur Frage 3.) ist es der Landesregierung gelungen, den Schlüsselstandort des ISSB (Sitz des Boards und Büro des Chairs) in Frankfurt am Main anzusiedeln. Wie auf der Klimakonferenz COP26 im November 2021 angekündigt, wird das ISSB weltweit an mehreren Standorten vertreten sein, wobei das Frankfurter Büro den Sitz des Vorstands und das Büro des ISSB-Vorsitzenden beherbergen wird.

Das ISSB wird somit vor allem aus Frankfurt heraus globale Basisstandards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen erarbeiten, was von den G20-Staaten begrüßt wurde (vgl. G20-Rome Leaders' Declaration vom 30./31. Oktober 2021). Frankfurt am Main wird als Drehscheibe für Europa, den Nahen Osten und Afrika (EMEA) fungieren und zentrale Funktionen für das ISSB insgesamt übernehmen.

Die Nachhaltigkeitsberichterstattung ermöglicht es unter anderem Finanzierungspartnern aus der Kreditwirtschaft und von den Kapitalmärkten sowie Partnerunternehmen in Lieferketten notwendige Nachhaltigkeitsinformationen abzurufen. Damit werden diese Standards eine entscheidende Schnittstelle für die Transformation in der Real- und Finanzwirtschaft werden. Die standardisierte Berichterstattung leistet einen wesentlichen Beitrag für gleiche Wettbewerbsbedingungen im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung und ist notwendig, um die nachhaltige Transformation der Finanzmärkte voranzutreiben.

Gesetzgeber weltweit werden auf dieser globalen Basis aufsetzen und spezifische Berichterstattungspflichten einführen können. Für die Unternehmen bedeutet solch ein globaler Rahmen eine Entlastung von bürokratischen Belastungen durch uneinheitliche Standardkonzepte.

Frankfurt wird sich zukünftig als Knotenpunkt in der Standardsetzung für die Nachhaltigkeitsberichterstattung hervorheben. Das wiederum stärkt den Finanzplatz als Zentrum für „Sustainable Finance“.

¹ Vgl. Institutionen der Vorstandsmitglieder des GSFCG und die der Sponsor:innen <https://gsfc-germany.com/vorstand/>; <https://gsfc-germany.com/sponsoren/>.

Nachhaltige Finanzierung:

Hessen hat im Juni 2021 sehr erfolgreich seine erste Grüne Anleihe mit einem Volumen von 600 Mio. € und einer Laufzeit von 10 Jahren begeben. Es war die bisher größte grüne Benchmark eines Landes. Die Emission war mehr als sechsfach überzeichnet mit einem Gesamtvolumen der Orders von über 3,6 Mrd. €. Dies zeigt das hohe Interesse seitens der Investoren. Eine solche Nachfrage war bisher noch bei keiner Landesanleihe zu verzeichnen. Die unabhängige Ratingagentur ISS ESG begutachtete die konkrete Ausgestaltung der Grünen Anleihe und stellte dem Land hierfür ein sehr gutes Umweltrating aus. Die Erlöse dienen der Finanzierung dreier vorangegangener Haushaltsjahre. Ein Allokations- und Wirkungsbericht mit den umweltrelevanten Auswirkungen der einzelnen Projekte konnte zeitnah veröffentlicht werden.

Nachhaltige Anlagen:

Das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Hessen“ investiert seit dem Jahr 2007 in Aktien, die unter Nachhaltigkeitskriterien ausgewählt werden. Seit dem Jahr 2018 ist das Land gesetzlich zur Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsaspekten, von Aspekten der ordentlichen Unternehmensführung sowie zur Beachtung der in der Initiative „Global Compact“ der Vereinten Nationen genannten Prinzipien verpflichtet.

Als erstes Land trat Hessen im April 2019 der UN-Initiative Principles for Responsible Investment bei und hat seitdem sukzessive Nachhaltigkeitskriterien für alle Anlageklassen (Aktien, Immobilien und Staatsanleihen) erarbeitet. Bei seinen Aktienanlagen investiert das Sondervermögen Versorgungsrücklage ausschließlich in die gemeinsam mit Baden-Württemberg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen konzipierten „fossil free“ Indizes der Länder.

GSFCG

Unter dem Dach des Green and Sustainable Finance Clusters Germany wurden zahlreiche Initiativen unterschiedlichster Art gestartet. Beispielhaft seien die Net Zero Banking Alliance Germany, das Safe Financial Big Data Cluster oder der TCFD Think Tank genannt.² Darüber hinaus wurde eine Markterhebung zum Stand von Sustainable Finance in Deutschland ins Leben gerufen.³

Bundesratsinitiativen:

Über den Bundesrat hat sich Hessen zum Vorschlag der EU-Kommission für einen freiwilligen Standard für europäische grüne Anleihen eingebracht (Green Bonds Standard, siehe Pressemitteilung des Ministeriums der Finanzen vom 24. September 2021⁴). Der Bundesrat hat die Bundesregierung mit konkreten Vorschlägen gebeten, sich im laufenden Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene für eine Optimierung des Vorschlags der EU-Kommission für grüne Staatsanleihen einzusetzen (BR-Drs. 637/21 (B)).

Zum Hintergrund: Die besonderen Regeln für öffentliche Emittenten grüner Anleihen, die die EU-Kommission vorgeschlagen hatte, reichen nicht aus, damit öffentliche Körperschaften den eher für unternehmerische Tätigkeiten ausgerichteten Standard in der Praxis nutzen können. Dabei kann eine tatsächliche Nutzung des Labels „Europäische Grüne Anleihe“ dazu beitragen, Investoren eine wichtige Möglichkeit zu bieten, in Umsetzung einer ökologisch-nachhaltigen Anlagestrategie liquide und sichere Portfolioelemente zu integrieren. Daher leisten Emittenten mit grünen Anleihen – neben der nachhaltigen Verwendung im jeweiligen öffentlichen Haushalt – einen wichtigen Beitrag, um Geldströme auch aus dem privaten Bereich in nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten umzuleiten.

Die Stellungnahme des Bundesrates hatte einen ersten Erfolg: In einer ersten Reaktion der EU-Kommission brachte diese zum Ausdruck, die Zielsetzung des Bundesrates zu teilen, dass Staaten die Anwendung des Standards erleichtert werden solle. Das über den Rat durch die Bundesregierung begleitete Gesetzgebungsvorhaben auf EU-Ebene läuft noch. Dessen Ergebnisse bleiben abzuwarten.

Auch darüber hinaus hat sich die Landesregierung über den Bundesrat zu aktuellen Gesetzgebungsvorhaben im Bereich „Sustainable Finance“ eingebracht.

Hessen hat zum Beispiel im Rahmen der Beratung der EU-Richtlinie zu Nachhaltigkeitsberichterstattung eine Forderung unterstützt, wonach auch nach EU-Definition große Unternehmen von den proportionalen Berichterstattungsstandards für kapitalmarktorientierte kleine und mittlere Unternehmen profitieren sollen, wenn sie nicht mehr als 500 Beschäftigte haben.

Zuletzt hat sich die Landesregierung bei der Bundesratsbefassung zum zentralen europäischen Zugangportal (ESAP), über den auch Nachhaltigkeitsdaten von Unternehmen zugänglich werden

² Vgl. <https://gsfc-germany.com/fbdc/>; <https://gsfc-germany.com/tcfid/>; <https://gsfc-germany.com/net-zero-banking-alliance-germany/>.

³ Vgl. bspw. https://gsfc-germany.com/wp-content/uploads/2020/11/201124_GSFCG_Zukunftsgestalten_DE.pdf.

⁴ Vgl. <https://finanzen.hessen.de/Presse/Marktaehigkeit-von-Gruenen-Anleihen-staerken>.

sollen, für die Belange kleiner und mittelständischer Unternehmen eingesetzt. Es soll nach der hessischen Initiative bei Schaffung des ESAP sichergestellt werden, dass die Vorgaben für Unternehmen, die freiwillig Daten übermitteln (kleine und mittlere Unternehmen), maximal einfach und praktikabel ausgestaltet werden. Zudem soll die Bundesregierung prüfen, inwiefern bei freiwilliger Datenübermittlung diesen Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt werden kann, einem öffentlichen Zugriff auf die ESAP-Daten zu widersprechen und nur einzelnen Geschäfts- und Finanzierungspartnern dieser Unternehmen gezielt und kontrolliert einen Datenzugang über den ESAP einzuräumen.

Die Landesregierung ergreift des Weiteren immer wieder die Initiative, um sich zu den praktischen Auswirkungen der Sustainable-Finance-Regulierung vor Ort in den Unternehmen zu informieren. Beispielsweise startete Staatsminister Michael Boddenberg im Januar eine Besuchsreihe in hessischen Unternehmen mit dem thematischen Schwerpunkt auf der Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Wiesbaden, 1. Juni 2022

Tarek Al-Wazir